

len am Arbeitsplatz erlebt werden. Leistungskriterien, die das Eigentümerbewußtsein der Werktätigen in ihrem sozialistischen Betrieb herausbilden helfen, sind somit sehr gefragt.

In meiner Funktion als Staatssekretär für Arbeit und Löhne muß ich mich dieser Kritik stellen. Was in den Beschlüssen unserer Fünfjahrpläne zum Lohn und zur Sozialpolitik stand, wurde zwar Jahr für Jahr verwirklicht. Im Februar 1975 wurden im Politbüro in Vorbereitung des IX. Parteitages die entscheidenden Beschlüsse für unsere auch heute noch wirkende leistungsorientierte Lohnpolitik gefaßt. Im Auftrag des VIII. Parteitages hatten sich über einen Zeitraum von nahezu 4 Jahren Wissenschaftler, Arbeitsökonomien, Praktiker aus Betrieben, Neuerer, hervorragende Arbeiter in einer Arbeitsgruppe zusammengefunden, die ein sorgfältig ausgearbeitetes Tarifprojekt vorlegte, das es bis dahin bei uns nicht gab. Im Zusammenhang mit dem Entscheid über das Festhalten an stabilen Preisen für Grundnahrungsmittel für unsere Bevölkerung und einer sprunghaften Verteuerung wichtiger Rohstoffe für unsere Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt wurde damals festgelegt, dieses Tarifprojekt, dessen Einführung in unserer Volkswirtschaft mehr als 10 Milliarden Mark gekostet hätte, nicht zu akzeptieren. Die Genossen wurden beauftragt, ein Projekt auszuarbeiten, das wenig kostet und über Jahre hinweg zu einer Art Tarifersatz führen könnte. Das war die Geburtsstunde jener leistungsorientierten Lohnpolitik, die wir heute unter Grundlöhnen oder Produktivlöhnen verstehen. Es wurden damals also die Halbheiten mit eingeleitet, die uns zu der heute das Leistungsprinzip störenden Realität führten, wonach wir jetzt zwei Arten der Besteuerung von Lohn und Gehalt haben, was zu einer höheren Steuerbelastung für den Gehaltsempfänger führt, zum Beispiel den Hoch- und Fachschulkader oder Meister, als für den Arbeiter.

Genossinnen und Genossen, die in Partei, Gewerkschaften und Staatsapparat auf dem Lohngebiet arbeiten, machten 1980 und 1985 bei der Ausarbeitung der Fünfjahrplankonzepte auf diese schweren Störfaktoren aufmerksam. Bei den Entscheidungen im Politbüro und auch im Ministerrat wurden diese Hinweise jedoch zurückgewiesen, die »Steuerfrage stand nicht zur Diskussion«.

Genossen!

Die Realität unseres Lebens - auch an diesen Tatsachen zeigt es sich -, daran kommt niemand ungestraft vorbei.

Die falschen Weichenstellungen, weg von einer letztlich konsequenten leistungsorientierten Lohnpolitik, erfolgten also schon 1974/75. Natürlich hat auch das, was wir seit dieser Zeit taten - Einführung der Grundlöhne in Verbindung mit konkreten Leistungsangeboten - zu Ergebnissen in der